



Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft

**„TERVEZHETŐ JÖVŐ AZ ENERGIAPOLITIKÁBAN Svájci-magyar
érdekvédelmi tapasztalatcsere az európai energiapolitika és
foglalkoztatáspolitikai változások összefüggésében”
TPPA/2011/03/11**





Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft

„Energiepolitische und Beschäftigungspolitische Trends und seine Folgen“

Mario David, Vizepräsident VPE

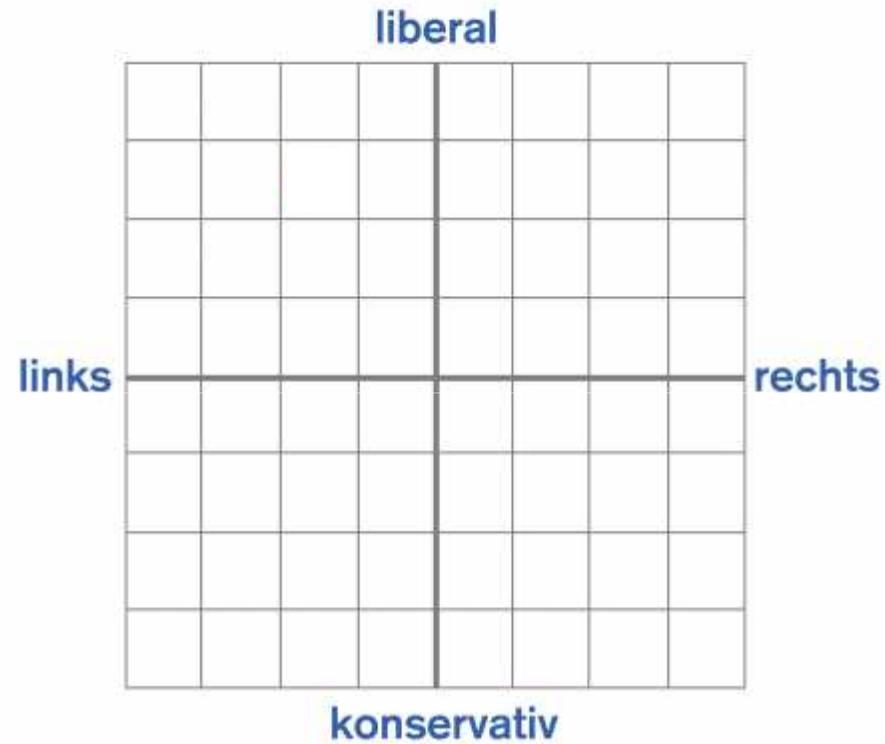
1. Wo liegt das Problem?

Soziale Marktwirtschaft ist ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, „auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden“.

Der Begriff ist insgesamt interpretationsbedürftig und wird wegen seiner Vieldeutigkeit auch als politisches Schlagwort angesehen.

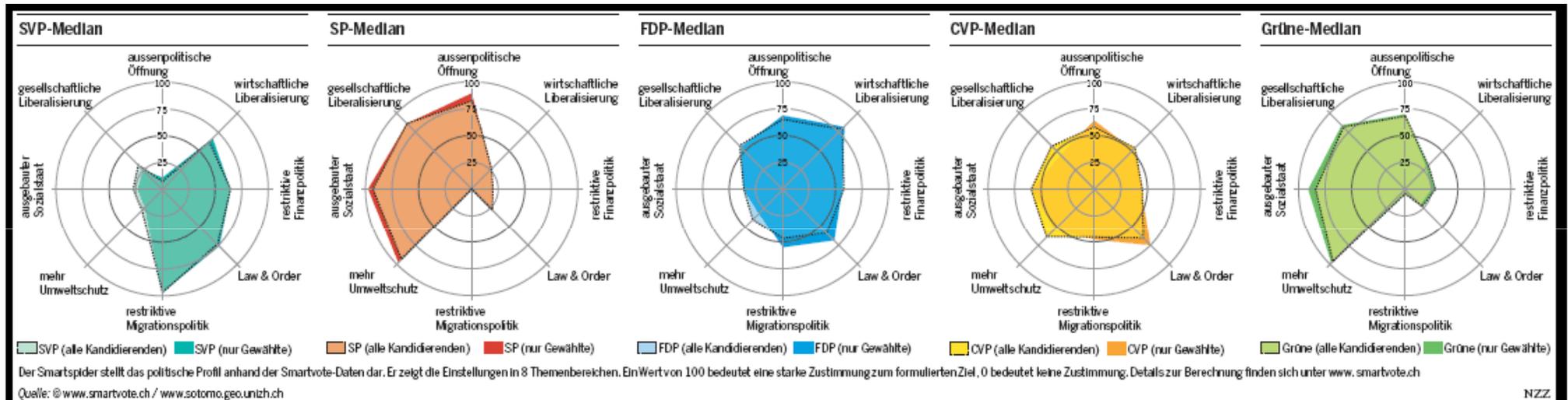


2. Politische Positionen



© www.vimentis.ch

2. Politische Positionen



NZZ

2. Politische Positionen / SVP

Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft

- Ein regelrechtes linkes Umerziehungsprogramm hat dazu geführt, dass Freiheit, Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung heutzutage fast als verdächtig erscheinen.
- Die Pflicht eines Arbeitgebers und Gewerbetreibenden, Gewinn zu erzielen, wird moralisch in Frage gestellt. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker die wahren «Sozialarbeiter» in unserem Land.
- Sozial und moralisch handeln nicht jene, die das Geld anderer verteilen oder ihren Moralismus zum gut bezahlten Beruf machen. Wahrhaft sozial handelt, wer Geld verdient, Gewinn erwirtschaftet, diesen investiert und damit Arbeitsplätze schafft. Wahrhaft sozial handelt, wer in Eigenverantwortung für sich und die Seinen sorgt.
- Die linke Politik führt zu weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit. Sie schwächt das Gewerbe und den Wirtschaftsstandort, vor allem die vielen KMU-Betriebe, die den grossen Teil der Arbeitsplätze und Lehrstellen anbieten. Die vor allem in jüngster Vergangenheit wieder starke Zunahme der Staatsstellen belastet hingegen die Wirtschaft. Mehr Beamte führen zu mehr Bürokratie und Aktionismus, was von der Wirtschaft und den übrigen Steuerzahlern beglichen werden muss.

2. Politische Positionen / SP

- Die SP will eine soziale Schweiz: Menschen, die aufgrund ihres Alters, ihres Gesundheitszustands, eines persönlichen Schicksalsschlags oder wegen wirtschaftlichen Umwälzungen vorübergehend oder dauerhaft nicht für ihr Einkommen aufkommen können, haben Anrecht auf soziale Sicherheit.
- Der nachsorgende Sozialstaat muss bei Notlagen ohne Wenn und Aber eingreifen. Die SP ist und bleibt Garantin dafür, dass diese Errungenschaften nicht aufs Spiel gesetzt werden und wird sich gegen einseitige Abbauvorlagen wehren.
- Die Gesellschaft verändert sich, weshalb auch die soziale Sicherheit angepasste werden muss. Zusammen mit den Kantonalparteien setzt sich die SP Schweiz dafür ein, dass das System der sozialen Sicherheit den Anforderungen unserer Gesellschaft entspricht.

2. Politische Positionen / FDP

- FDP will für alle Menschen in der Schweiz eine Perspektive: Das heisst vor allem:
- Arbeit. Arbeitsplätze schafft nicht die Politik, sondern die Vielzahl kleiner, mittlerer und grosser Unternehmen. Ihnen müssen wir mit optimalen Rahmenbedingungen Sorge tragen. Das ist die Kernaufgabe der Politik. Dafür übernehmen wir Verantwortung.
- Die FDP will KMU stärken und Arbeitsplätze schaffen – aus Liebe zur Schweiz.

Ziele der FDP

- Absurde Bürokratie stoppen
- Liberales Arbeitsrecht
- Duales Ausbildungssystem
- Zugang zu internationalen Märkten
- Besserer Wissensaustausch mit der Forschung

2. Politische Positionen / CVP

Die CVP als Wirtschaftspartei setzt sich für eine nachhaltige, zukunftsgerichtete und wettbewerbsorientierte Wirtschaft ein.

Eine Wirtschaft, die den Lebensraum schont und mit den natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll umgeht. Eine starke Exportwirtschaft und ein attraktiver Standort Schweiz schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand.

Die wirtschaftliche Entwicklung muss im Dienste der gemeinsamen Interessen aller stehen, ohne durch falsche Regulierung die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und damit Arbeitsplätze zu gefährden.

In einem fairen, offenen und flexiblen Arbeitsmarkt haben auch Jungunternehmer, Wiedereinsteigende, benachteiligte und ältere Arbeitnehmer eine Chance. Die CVP bekennt sich zu einer sozialen Marktwirtschaft.

2. Politische Positionen / Grüne, Grünliberale

- Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen für ihr Leben zu versorgen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung (Verbindung von Umwelt-, Sozial-, Wirtschaftspolitik) sind die wirtschaftlichen Tätigkeiten so zu gestalten, dass ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie ein würdiges und sicheres Auskommen für alle Menschen gewährleistet sind. Eine nachhaltige Wirtschaft im Dienste der Menschen beinhaltet aus grüner Sicht zudem eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Einkommen und Vermögen, demokratische Mitbestimmung und Kontrolle sowie die Ermöglichung von Kreativität und Innovation.
- Die gegenwärtige kapitalistische Marktwirtschaft ist alles andere als nachhaltig. Insbesondere in ihrer neoliberalen Ausprägung der letzten Jahrzehnte basiert sie auf einer rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Missachtung sozialer Rechte. Wichtigster Motor des neoliberalen Modells ist weniger die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse als vielmehr die Steigerung der Profitrate der Unternehmen durch ungebremstes Wachstum

3. Freiheit – eine unbequeme Idee

Warum der Liberalismus auf so viele Widerstände stösst.

3. März 2012 Quelle: www.nzz.ch

- Obwohl angesichts der Herausforderungen der Wirtschaftskrise die politischen Eliten weder professionell noch moralisch überzeugender wirken als die wirtschaftlichen, werden die Rufe nach einem interventionistischen Staat, der die Härten der Marktwirtschaft abfedern, Krisen verhindern und für sozialen Ausgleich sorgen soll, lauter.
- Selbst nach eigenem Verständnis Liberale, die sich lange für eine freiheitliche Ordnung starkgemacht haben, stimmen in diesen Chor ein.
- Die Idee der Freiheit wird in Frage gestellt, die Zweifel an der Marktwirtschaft wachsen. Offenbar geht vergessen, was die freiheitliche Gesellschaft gebracht hat und weiter bringt.

3. Freiheit – eine unbequeme Idee



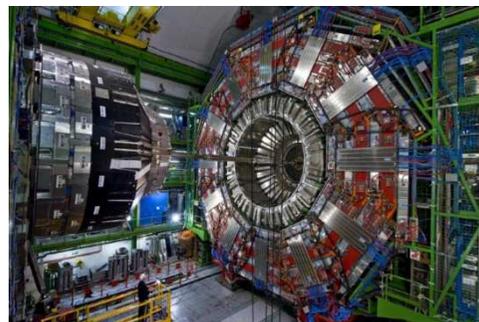
4. Die Geschichte von 14 Branchen

- Warum wurde die Schweiz reich? Und kann sie es bleiben? Diese Fragen sind für das Selbstverständnis des Landes zentral. «Wirtschaftswunder Schweiz» beantwortet sie in kompetenter und allgemein verständlicher Weise. Das Buch beschreibt Ursprung, Struktur und Besonderheiten von wichtigen, international ausstrahlenden Branchen der Schweizer Wirtschaft.
- Im Zentrum steht die Frage, warum Unternehmen aus einem an Ressourcen armen Kleinstaat in so vielen Bereichen der Wirtschaft weltweit an der Spitze stehen. Das Buch belegt die enorme Bedeutung von unternehmerischem Denken und von Offenheit für neue Impulse für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Es gibt damit kritisch und historisch reflektiert Antwort auf die Frage, ob das Land angesichts der Globalisierung, dem Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte und der globalen Finanzkrise seinen Spitzenplatz halten kann.

4. Die Geschichte von 14 Branchen

- **Branchen**

1. Tourismus
2. Nahrungsmittel
3. Uhren
4. Banken
5. Versicherungen
6. Textilindustrie
7. Maschinenbau
8. Chemie und Pharma
9. Medizintechnik
10. Handel
11. Logistik und Transport
12. Bau und Engineering
13. Architektur und Kunsthandel
14. Informationstechnologie



5. Was Unternehmer wollen

Grundnahrung für Unternehmer: Freiheit, Stabilität und Ruhm (Auszug)

Rolle und Auftrag der Unternehmer – eine nicht nur ökonomische Sicht

- 14. Juni 2012 | Gerhard Schwarz
- *Unternehmer brauchen Freiheit und Stabilität, damit sie ihre Ideen umsetzen können. Der Staat muss daher für eine stabile Ordnung sorgen. Die Gesellschaft kann zum Gedeihen der Unternehmen beitragen, indem sie die Leistung der Unternehmer gebührend anerkennt.*
- **Wirtschaftliche Freiheit, Markt und Wettbewerb**
- Damit Unternehmer ihre Rolle gut spielen können, muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben besinnen und den Unternehmern grösstmögliche wirtschaftliche Freiheit garantieren. Wo Gestaltungsräume und unternehmerisches Handeln durch bürokratische Hürden eingeschränkt werden, sinken die Motivation, etwas auf die Beine zu stellen, und der Wille, Risiken einzugehen. Zur Freiheit gehört auch, dass unternehmerischer Erfolg, wenn er sich finanziell niederschlägt, nicht ganz weggesteuert wird. Sonst wird kaum jemand seine Energie und Leidenschaft einem Unternehmen, einer Idee oder einem Produkt widmen.

5. Was Unternehmer wollen

- **Die Aufgabe des Staates: Ein stabiler Ordnungsrahmen**
- Neben der Konstituierung des Wettbewerbs können in Anlehnung an Eucken weitere wichtige staatliche Aufgaben skizziert werden:
- **Eine stabile Währungspolitik:** denn ohne Preisstabilität ist keine Planung möglich.
- **Ein liberaler Binnenmarkt:** Für den Import von Ideen, Wissen und Personen: Immigranten bringen neue Ideen, und sie sind häufig besonders hungrig, sich in ihrer neuen Heimat zu beweisen. Viele bedeutende Schweizer Unternehmer waren oder sind Ausländer, etwa Emil Bührle, Henri Nestlé oder Nicolas Hayek.
- **Der Schutz des Privateigentums** – auch vor dem Zugriff durch den Staat
- **Die Gewährleistung der Vertragsfreiheit**
- **Das Haftungsprinzip:** Jeder soll so weit wie möglich die Früchte seines Tuns ernten können. Er muss aber auch für Fehlritte die Konsequenzen tragen.
- **Rechtssicherheit und Konstanz der Wirtschaftspolitik:** Bei allen Bemühungen um attraktive Rahmenbedingungen sollte sich der Gesetzgeber immer bewusst sein, dass abrupte Richtungswechsel die Wirtschaftsakteure überfordern und dass Rechtsunsicherheit zu Zurückhaltung von Investitionen und Konsum führt.

5. Was Unternehmer wollen

Die Aufgabe der Gesellschaft: Hochachtung

- Ob sich Unternehmer gut entwickeln können, hängt nicht nur mit dem Staat, sondern auch mit der Stimmung in der Gesellschaft zusammen. Heute gibt es besonders in westlichen Ländern, allen voran in Europa, eine grundlegende Skepsis und Ablehnung gegenüber technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum.
- Die Wahrung des Besitzstandes wird von vielen dem bewussten Eingehen von Risiken vorgezogen. Technologische Entwicklungen, zum Beispiel im Gen- und Nanotechnologiebereich, werden nicht nur kritisch beäugt, was in einem bestimmten Mass bei Neuerungen immer legitim ist, sondern sie werden so sehr verteufelt, dass ihre Erforschung in Europa fast unmöglich geworden ist.
- In der Energiepolitik kommt die Kultur der «Risikovermeidung um jeden Preis» besonders stark zum Ausdruck. Die Risikoaversion mag Folge einer guten wirtschaftlichen Entwicklung sein; man kann sie als Ausdruck einer zivilisatorischen Sättigung betrachten. Andere, aufstrebende Nationen sind hungriger und kennen weniger Berührungängste.

6. Liberalismus als Credo?

- **Avenir Suisse fordert mehr Stromimporte statt Milliardensubventionen für erneuerbare Energien im Inland. Der Energiespezialist von Avenir Suisse sagt, es sei nicht Sache der Politik, den Strommix festzulegen.**
- *Tages-Anzeiger: Der Bundesrat hat seine Strategie zum Atomausstieg konkretisiert: Er setzt auf Gaskraft, Fördergelder für Alternativenergie und Energieeffizienz. Stimmt die Richtung?*
- Avenir Suisse: Der Bundesrat würde anstelle einer Energiestrategie besser die Rahmenbedingungen klären. So könnte er die Investitionssicherheit erhöhen und Anreize schaffen, damit neue Technologien eingesetzt werden. Es ist aber nicht Aufgabe der Politik, über den Strommix zu entscheiden. Welche Technologie rentabel und zukunftsfähig ist, sollen die Stromunternehmen beurteilen.
- *Welches wären die richtigen Rahmenbedingungen?*
- Der Bundesrat soll dafür sorgen, dass für Strom endlich Marktpreise gelten. Heute ist Strom zu billig. Marktpreise hätten eine einfache Lenkungswirkung, ohne dass der Staat via Abgaben und Vorschriften steuernd eingreifen müsste. Heute haben wir in vielen Regionen faktisch subventionierte Stromtarife. Das macht zum Beispiel ineffiziente Elektroheizungen nach wie vor zu attraktiv und fördert die Verschwendung.

6. Liberalismus als Credo?

- *Sie wollen mehr Strom importieren?*
- Müssen wir wirklich im Inland investieren, wenn es hier besonders teuer ist? Für das gleiche Geld bekommt man in ausländischen Anlagen mehr Strom. Schon heute fließt aus unseren Steckdosen der europäische Strommix. Wir tun zwar etwas für unser Gewissen, wenn wir im Inland die Erneuerbaren ausbauen. Aber es ist eine teure, volkswirtschaftlich nicht sinnvolle Strategie. Wir träumen im Energiebereich von einer Autarkie, die es nicht gibt. Stromhandel ist gut, weil er wirtschaftlich ist.
- *Mit der Abhängigkeit von Importen setzen Sie die Versorgungssicherheit aufs Spiel.*
- Die bundesrätliche Strategie sieht ja auch Gaskraftwerke im Inland vor. Diese können aus Sicht der Systemstabilität wichtig sein – etwa bei grosser Nachfrage, Netzstörungen oder Kraftwerksausfällen. Wo und wie viele Kapazitäten zu diesem Zweck tatsächlich nötig sind, müsste der Netzbetreiber Swissgrid angeben. Daraus ergeben sich die allfälligen Standorte zusätzlicher Kraftwerke.

6. Liberalismus als Credo?

- *Die Stromkonzerne sagen, Gaskraftwerke seien gar nicht rentabel.*
- Tatsächlich haben wir keine Garantie, dass jemand die Werke baut. Unter den aktuellen Marktbedingungen würde ich jedenfalls kein Gaskraftwerk bauen, selbst wenn ich sämtliche CO₂-Emissionen mit europäischen Zertifikaten kompensieren könnte. Wenn aber aus Gründen der Systemstabilität zwingend zusätzliche Kraftwerkskapazitäten im Inland nötig werden, dann könnte der Staat oder Netzbetreiber diese ausschreiben und für deren Bereitstellung eine Entschädigung zahlen. Ähnliche Modelle kennen wir heute schon aus dem Reserve- und Regelenergiemarkt.
- *Gaskraftwerke sind von links bis rechts aus klimapolitischen Gründen umstritten. Zu Recht?*
- Wie gesagt: Wir haben sowieso den europäischen Strommix mit einem beträchtlichen Anteil an Strom aus Gas und Kohle. Dieser wird auch mittelfristig nicht einfach durch erneuerbare Energien ersetzt. Für die Umwelt spielt es keine Rolle, ob ein Gaskraftwerk in der Schweiz steht oder jenseits der Grenze.

6. Liberalismus als Credo?

- *Sie plädieren also für die totale Integration der Schweiz in den europäischen Strommarkt?*
- Auf jeden Fall. Die Schweiz ist bereits heute stark integriert und lebt gut damit. Gerade für ein kleines Land ist der Handel von Strom sehr wichtig. Einerseits ist eine völlig unabhängige Versorgung viel zu teuer. Andererseits ist der Stromhandel auch ein gutes Geschäft. Besonders wenn der unregelmässige Anteil der Sonnen- und Windenergie immer grösser wird, können wir davon profitieren, weil unsere Pumpspeicherwerke zu einem beliebigen Zeitpunkt betrieben werden können.
- *Das funktioniert nur mit einem massiven Netzausbau.*
- Der Netzausbau betrifft einerseits die Übertragungsebene. Hier geht es darum, neue Kraftwerke anzuschliessen, etwa die geplanten Pumpspeicherwerke. Zudem muss das Netz an der nördlichen Landesgrenze ausgebaut werden. Swissgrid hat entsprechende Kostenschätzungen präsentiert. Andererseits braucht es Anpassungen im Verteilnetz, wenn mehr dezentrale, erneuerbare Energie produziert wird. Diese Kosten hängen stark von der Geschwindigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien ab.

7. Was der VPE fordert

- Der Erhalt und Ausbau von wertschöpfenden Arbeitsplätzen in der Elektrizitätswirtschaft ist eines unserer wichtigsten Ziele.



VPE-Forderungen an die zukünftige Stromversorgung:

- Gesamtoptimum unter Berücksichtigung der Anforderungen des EVU-Personals
- Berücksichtigung des Subsidiär- und Kooperationsprinzips
- Sozial- und wirtschaftsverträgliche Strompreise
- Eigenverantwortliche Umstrukturierungen, wenn nötig mit sozialer Abfederung
- "Hundertprozentige" Eigenproduktion (in der Schweiz) zur Schaffung und Erhaltung wertvoller Arbeitsplätze
- Option völlige Strommarktöffnung offen halten

7. Was der VPE fordert

- **Ein zentrales Ziel des VPE ist die ständige Arbeitsmarktfähigkeit seiner Mitglieder.**

Wege dazu sind...

Kontinuierliche und hochwertige Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden

- Attraktive Ausbildungsplätze
- Weiterbildungsangebote innerhalb und ausserhalb der Elektrizitätswirtschaft
- Unterstützung bei der Entwicklung und Implementierung von Weiterbildungskonzepten

8. Arbeitgeberverband Schweiz

Die folgenden zehn Punkte geben die Haltung des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes zur beruflichen Weiterbildung wieder, die auch für Nichtmitglieder als Benchmark gelten können:

1. Das lebenslange Lernen der Beschäftigten ist eine wichtige Voraussetzung, um die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Schweiz im laufenden Strukturwandel und im globalen Wettbewerb erhalten zu können. Die berufliche Weiterbildung leistet dazu einen wesentlichen Beitrag.
2. Die berufliche Weiterbildung soll einen unternehmerischen und arbeitsmarktlichen Mehrwert schaffen. Sie kann "on the job", im Selbststudium/-training und in separaten internen oder externen Schulungen erfolgen.
3. Die berufliche Weiterbildung liegt im Interesse und in der Mitverantwortung der Arbeitnehmenden, der Arbeitgeber und der Volkswirtschaft als Ganzes.

8. Arbeitgeberverband Schweiz

4. Zur beruflichen Weiterbildung zählen die Weiterbildung auf dem jetzigen oder einem künftigen Fachgebiet, in beruflich nützlichen Zusatzkompetenzen und in den persönlichen Schlüsselqualifikationen sowie die Vorbereitung der Arbeitnehmenden auf neue berufliche Tätigkeiten.
5. Die berufliche Weiterbildung soll unabhängig von Alter, Geschlecht und Qualifikationsstufe gefördert werden, wenn ein Bedürfnis besteht und Weiterbildungsfähigkeit sowie Weiterbildungswille vorhanden sind.
6. Es liegt primär an den Arbeitnehmenden, ihre fachlichen und persönlichen Qualifikationen eigenverantwortlich weiter zu entwickeln und damit ihre Arbeitsmarktfähigkeit zu erhalten. Die Arbeitnehmenden sollen auch dort einen relevanten Eigenbeitrag leisten, wo sie in den Genuss einer Weiterbildungsförderung durch ihre Unternehmung oder den Staat kommen.

8. Arbeitgeberverband Schweiz

7. Es liegt an den Arbeitgebern, die berufliche Weiterbildung ihrer Beschäftigten im Rahmen der betrieblichen Bedürfnisse und ihrer Personalpolitik zu fördern, um so zur Sicherung des beruflichen Nachwuchses auf allen Stufen beizutragen.
Eine wichtige Leistung der Arbeitgeber für die berufliche Weiterbildung besteht darin, dass sie ihre Mitarbeitenden in der Anwendung neuer Maschinen und Geräte, neuer Produktionstechniken, neuer Arbeitsmethoden etc. schulen.
8. Es liegt an den Sozialpartnern, in der einzelnen Unternehmung oder für eine Branche - soweit sinnvoll - Absprachen über die beidseitige Förderung der Weiterbildung zu treffen. Verschiedene geltende GAV enthalten entsprechende Bestimmungen.
Die Sozialpartner leisten zudem als Träger von Schulungs- und Prüfungsorganisationen einen wesentlichen Beitrag für die berufliche Weiterbildung

8. Arbeitgeberverband Schweiz

9. Es liegt am Staat, in allen politischen Bereichen günstige Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung zu setzen. Dazu zählen die Regelung spezifischer Weiterbildungs-Abschlüsse, die Unterstützung entsprechender Prüfungsorganisationen und Schulungsveranstaltungen sowie die weiterbildungsfördernde Ausgestaltung des Steuerrechts (z.B. mittels entsprechender Abzugsmöglichkeiten).
Gesetzliche Weiterbildungsverpflichtungen der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmenden sind dagegen abzulehnen.
10. Das Engagement der Arbeitgeber und des Staats im Bereich der beruflichen Weiterbildung darf nicht auf Kosten der beruflichen Grundbildung gehen.

9. Umstrukturierungen – ja aber ...

Swissprinters will Standorte Zürich und St. Gallen schliessen

Rund 250 Stellen in Gefahr: Das Druckunternehmen Swissprinters plant, seine Produktionsstandorte in Zürich und St. Gallen zu schliessen.



Home Inserieren Jobmail Personaldienstleister Weiterbildung Alle Firmen

Mehrere Suchbegriffe = genauere Stellenangebote
 z.B. Sekretärin Englisch Gossau erweiterte Suche

Die besten Jobs in der Region. Lehrstellen Hilfe

St. Galler Tagblatt AG
 ostjob.ch
 Fürstenlandstrasse 122
 CH-9001 St. Gallen
 Fax: +41 71 272 73 23
 info@stagob.ch

Fredy Dillinger
 Tel. +41 71 272 73 79

Alex Lusa
 Tel. +41 71 272 73 53

Preisliste

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

Datenschutzerklärung

Sie sind auf der Suche nach einem neuen Job oder möchten eine Vakanz ausschreiben? Dann sind Sie bei uns genau richtig: Ostjob.ch, das ostschweizer Stellenportal ist mit rund 1000 inserierenden Unternehmen aus verschiedenen Branchen und über 225 000 Besuchern pro Monat der grösste Online-Stellenmarkt in der Ostschweiz.

Thurgau	MedicaMarkt	BRUDERER	Spühl	starrag
MOEGL	SFS	JANSEN	permapack	IGP
UBS	GRASS	BUHLER	RAIFFEISEN	soplar sa
gallus	Spital Thurgau AG	St. Galler Kantonalbank	SCHOTT	TE
LIDL	greiner packaging	SPAR	job.ai.ch	aenova
SWICA	CREDIT SUISSE	Leica Geosystems	MIGROS	hilcona
IKEA	ifolor	HILTI	ThyssenKrupp	Presta Steering
SOD	ABACUS	ISC	CLANDER	GEBERIT
die AGENDA	KELLY SERVICES	rimco	hutter auto.ch	SPAR
InLack AG	FASTWAY	SUNBEL	SAUTER	units

Anzahl aufgeschalteter Stellen: 3626

Kundenlogin für Abonnenten



10. Noch Fragen?



**A projekt a Svájci-Magyar Együtműködési Program
társfinanszírozásával valósul meg.**



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Swiss
Contribution**